

Abt. Leitende Organe der Partei
und der Massenorganisationen

Berlin, den 12.6.1953
– 22.30 Uhr –

T a g e s b e r i c h t Nr. IV

3. Stimmungsbericht zum Kommuniqué des Polit.-Büros vom 9.6.53

In den Berichten der Bezirksleitungen vom 12.6.53 nachmittags kommt zum Ausdruck, daß die gründliche Kenntnis der Meinungen, vor allem der Intelligenz, Mittelschichten, Blockparteien, Bauern, der Volkspolizei usw. noch fehlt.

Breite Kreise der Mittelschichten in Stadt und Land äußern sich zustimmend zu dem Kommuniqué des Polit.-Büros, weil sie sich eine Erleichterung ihrer Lage versprechen.

Wir berichteten darüber bereits im Bericht Nr. III vom 12.6.53. Neue Argumente sind nicht berichtet worden.

Nach den uns vorliegenden Informationen ist die Lage einzuschätzen, daß die Meinungen, die positiven sowie die negativen sich stärker herausbilden.

Der starke Einsatz der Partei und der mit ihr zusammengehenden Kräfte in der Überzeugungsarbeit, ihr Auftreten in der Beeinflussung der schwankenden Schichten ist aber noch nicht zur breiten Entfaltung gekommen.

Die Partei ist noch nicht zum festen Pol in der Verbreitung der richtigen Argumentation geworden. Alles wartet auf nähere Erklärungen in Leitartikeln usw.

In der Arbeiterklasse gibt es eine allgemeine Zustimmung zu den materiellen Erleichterungen. Die Diskussionen zu unseren Fehlern sind unterschiedlich, Hauptthema ist: „Man hätte früher auf uns hören müssen.“

Die Diskussionen unter der Bevölkerung sind noch kritischer geworden, teilweise haben sie einen heftigen Charakter gegen unsere Partei und Regierung angenommen und treten besonders umfangreich und feindlich auf dem Lande auf.

Die Versuche feindlicher Kräfte, den Widerstand gegen die Normerhöhung (10 %) zu propagieren, hat zugenommen.

Die Anmeldungen über beabsichtigte Rückkehr Republikflüchtiger nimmt ständig zu, allerdings haben die Bezirksleitungen hierüber noch keinen genauen Überblick.

Zurückgekehrte Republikflüchtige berichteten, daß das Kommuniqué des Polit.-Büros in den Lagern in Westberlin lebhaftere Diskussionen ausgelöst hat und die Bereitschaft zur Rückkehr in die DDR wächst. (Bericht Bezirksleitung Berlin)

1. Die Zustimmung zum Kommuniqué des Polit.-Büros seitens der Mittelschichten in Stadt und Land kommt in folgenden Stellungnahmen zum Ausdruck:

Prof. K. vom PKB-Weissensee erklärt: „Diese Regierung ist bewundernswert, die ihre Fehler und Mängel einsieht, das ist ein Beweis, daß die Regierung dem Volk vertraut, die Frage der Einheit Deutschlands ist durch das Kommuniqué sehr akut geworden. Ich sehe in diesen Maßnahmen einen weiteren Schritt der Regierung zur Verständigung zwischen Ost und West, jetzt müssen Maßnahmen vom Westen folgen.“

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Der Bauer T. aus Luckow, Kreis Ückeründe sagt: „Bisher habe ich immer ein beklommenes Gefühl gehabt und glaubte, daß ich die längste Zeit auf meiner Wirtschaft gewesen bin. Jetzt, nach dem Vorschlag der SED, habe ich Vertrauen zur Regierung und werde so arbeiten, daß ich meinen Verpflichtungen gegenüber dem Staat nachkommen werde.“

Der Malermeister K. in Mühlberg, Kreis Gotha diskutierte in der Gemeindegaststätte über das Kommuniqué und erklärte: „Die SED hat durch diese Beschlüsse wieder eine bessere Stimmung unter den Handwerkern hervorgerufen, denn durch den Entzug von Lebensmittelkarten waren viele Handwerker Härten ausgesetzt.“

Die allgemeine Stimmung der Parteilosen in Hohenselchow, Krs. Angermünde, ist: „Die Partei gibt zu, daß sie große Fehler gemacht hat, wir haben das ja gleich gewußt. Es ist klar, daß diese Verordnung notwendig ist, und deshalb begrüßen wir sie. Die Verordnung ist ein wesentlicher Beitrag zur Schaffung der Einheit Deutschlands.“

2. Was im Kommuniqué gesagt wird, ist ganz gut und schön, aber wir wollen erst sehen, wie es praktisch durchgeführt wird. Vielleicht ist das Kommuniqué nur ein Lockmittel für die Rückkehr der Republikflüchtigen.

Tischlermeister P., Neustrelitz, sagte: Ich begrüße die Vorschläge des Polit.-Büros, aber ich bin noch gespannt auf die Ausführungsbestimmungen, ob die Gewähr von Kredit wirklich nur zur Unterstützung des Handwerkes oder zur Zahlung der Steuern gegeben wird.“

Mehrere Handwerker im Bezirk Berlin-Pankow sagen: „Die Hauptsache ist, daß es verwirklicht wird, und daß es dann auch so bleibt, hoffentlich ist es nicht nur eine Übergangsmaßnahme.“

Der Ing. W., Buna-Werk, sagt: „Wer gibt uns die Garantie, daß von der Regierung und von der Partei nicht bald wieder so große Fehler gemacht werden?“

Ähnliche abwartende Haltungen seitens der Mittelschichten sind laut den uns vorliegenden Berichten in allen Bezirken aufgetreten.

3. Endlich haben die da oben ausgeschlafen, die Verbindung mit den breiten Massen haben sie verloren, weil sie die Kritik an ihrer Politik nicht beachtet haben.

Ein Fahrstuhlführer im Siemensschaltwerk (Westberlin) sagte: „Die neuen Maßnahmen könnt ihr uns verdanken, weil wir diesen Zustand immer angeprangert haben, das ganze System mußte, wenn es weiter gemacht worden wäre, zusammenbrechen.“

Im MJW-Werk Neuenhagen, Krs. Straußberg, wird wie folgt diskutiert: „Scheinbar sind die da oben endlich zu Verstand gekommen, man hatte ja auch schon alle Lust zur Arbeit verloren, aber der Beschluß des Politbüros gibt doch wieder neuen Mut.“

Ähnliche Diskussionen werden uns aus allen Bezirken der Republik gemeldet.

4. Die Fehler, die oben gemacht werden, sollen wir unten jetzt ausbaden. Die Durchführung der beschlossenen Maßnahmen zur Entschädigung der Republikflüchtigen und zur Gewährung der Kredite muß von unseren Steuern bezahlt werden.

Die Arbeiter aus dem VEB-Deutsig-Werk Hohenstein-Ernstthal, Bezirk Karl-Marx-Stadt, sagen: „Die Normerhöhung ist ein Lohnraub und muß deshalb gemacht werden, um den Herren, die wieder zurückkommen, das zurückzahlen zu können, was ihnen weggenommen wurde.“

In der Straßenbahn Dresden diskutierte man wie folgt: „Es ist ein Wahnsinn, da geben sie jetzt denjenigen die Betriebe und Geschäfte wieder, die 70.000 DM und mehr Schulden

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

haben, die scheinen ja alle zu schlafen. Da die Stellen erst dann etwas merken, wenn unheimliche Summen zusammengekommen sind.“

Erike W., Berlin-Glühlampenwerk, sagt: „Die Steuerrückstände sind doch unser Geld, das wird den Kleinhändlern nun in den Rachen geschmissen.“

Argumente ähnlicher Art sind in besonders starkem Umfange in Berlin diskutiert worden.

5. In den Grenzkreisen der Republik wird besonders diskutiert, daß die Beschlüsse des Polit.-Büros und der Regierung auf Druck der Amerikaner zustande gekommen sind.

Unter vielen Kreisen der Bevölkerung im Kreis Salzwedel wird diskutiert, daß die Rote Armee sich zurückzieht bis zur Elbe und Stendal von den Amerikanern besetzt wird und die Rote Armee dafür ganz Berlin erhält.

Aber auch in anderen Kreisen der Republik taucht dieses Argument in den heutigen Berichten auf.

Gastwirt W., Drogist K., Tischlermeister L. in Feldberg, Bez. Neubrandenburg, diskutierten: „Niemand wäre diese Maßnahme der Regierung durchgeführt worden, hätten die Amerikaner nicht einen solchen Druck ausgeübt. Sie wurde nur durchgeführt, da der Amerikaner der DDR sonst in der Nacht vom 11. zum 12.6.53 den Krieg erklärt hätte.“

6. Ein typisches Argument für Berlin ist, daß die Maßnahmen des Polit.-Büros auf Befehl des neuen sowjetischen Hohen Kommissar beschlossen wurden.

Im Bewag-Trafo-Werk wird erklärt: „Wir haben ja schon immer gesagt, daß diese Maßnahmen falsch sind, das ist nicht ein Beschluß des ZK der SED, sondern ein Befehl des Hohen Kommissars der SU.“

(Ähnliche Argumente zeigten sich im VEB Rohr-und-Behälter, Kraftwerk-Klingenberg, KWO)

Besucher auf dem VP-Revier 91 Berlin äußerten, daß die neue Situation ein Ausdruck der Tatsache sei, daß Stalin tot und Malenkow nicht so hart wäre.

7. Aus den Bezirken Berlin, Halle und Karl-Marx-Stadt wird mitgeteilt, daß in der Bevölkerung die Forderung erhoben wird, die Beschlüsse des Polit.-Büros zu erweitern und Zusatzmaßnahmen zur Verringerung der KVP und der Rückgängigmachung der Normerhöhung auszuarbeiten.

8. Aus allen Bezirken wird berichtet, daß besonders lebhaft und teilweise heftige Diskussionen von Genossenschaftsbauern der Republik geführt werden, die oft nicht verstehen, warum den Großbauern die Höfe wieder zurückgegeben werden sollen.

Z.B. wird im Bezirk Karl-Marx-Stadt diskutiert von vielen Genossenschaftsbauern, daß sie nicht verstehen, daß sie jetzt die Großflächen der republikflüchtigen Bauern wieder hergeben wollen. Sie sagen, daß sie jetzt, wo sie alles in Ordnung gebracht haben und das Vieh in gepflegtem Zustand ist, es nicht wieder zurückgeben. Die Mitglieder der LPG Erlbach, Krs. Rochlitz, sind dagegen, daß sie die Gehöfte von republikflüchtigen Bauern wieder aufgeben sollen.

Im Kreis Klötze, Bez. Magdeburg, sind gewisse Unruhen in den LPG's zu verzeichnen, d.h. die Arbeit ist gehemmt, weil die ehemaligen Landarbeiter der Annahme sind, daß die Großbauern ihre Betriebe zurückerhalten und die Landarbeiter wieder beim Großbauern arbeiten müssen.

In der Gemeinde Lebin, Krs. Seehausen, haben die Mitglieder der LPG's für drei Stunden die Arbeit niedergelegt und kopflos diskutiert, was nun eigentlich werden soll.

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

Die Genossenschaftsbauern aus dem Kreis Pasewalk, Bez. Neubrandenburg, können nicht verstehen, daß die Flächen aus der LPG herausgenommen werden sollen, um sie den republikflüchtigen Großbauern, die aus Westberlin oder Westdeutschland zurückkommen, zu geben.

Solche Diskussionen gibt es in allen Bezirken der Republik.

9. Das Kommuniqué des Politbüros wurde von den Großbauern in allen Bezirken unserer Republik mit offener Schadenfreude aufgenommen. Sie führten wüste Saufgelage durch, schücherteten teilweise die Genossenschaftsbauern ein und versuchten durch offene Benutzung der Rias-Argumente, Verwirrungen unter den Genossenschafts- und werktätigen Bauern zu stiften.

In allen Kreisen des Bezirkes Magdeburg fanden Zusammenkünfte der Großbauern statt, auf denen sie ihre Freude darüber zum Ausdruck brachten, daß die Regierung und das Zentralkomitee nunmehr allen Großbauern und den Republikflüchtigen die Höfe zurückgeben müssen. Im ganzen Bezirk werden von den Großbauern Festgelage veranstaltet.

Im Kreis Salzwedel äußerten die Großbauern während einer solchen Sauferei großmäulig: „Eine Schlacht haben wir gewonnen und die zweite folgt bald.“

Eine Genossenschaftsbäuerin der LPG Mühlberg, Kreis Gotha, wollte am 11.6.53 in den Morgenstunden in die Wohnung des republikflüchtigen Großbauern Klett gehen. Dabei wurde sie von dem Großbauern W. angesprochen, der ihr erklärte, es hätte keinen Zweck, daß sie umziehe, sie müsse ja doch wieder heraus. In seinen weiteren Diskussionen mit anderen werkt. Bauern erklärte er: „Jetzt sollte noch einmal einer zu mir kommen und Großbauer zu mir sagen, dem schlage ich den Schädel ein.“

In Witzleben, Kreis Arnstadt, sagte der Großbauer Walter B. zu dem Vors. der LPG: „Jetzt bekommen wir alles zurück. Ihr habt nichts mehr zu sagen. Ihr wolltet uns dreschen, aber jetzt dreschen wir euch.“

In einigen Fällen haben die Großbauern werktätige und auch Genossenschaftsbauern in ihre Saufgelage hineingezogen und sie gegen die leitenden Funktionäre der LPG's aufgehetzt. (LPG Neukirchen, Krs. Seehausen)

Ein besonders krasses Beispiel über die Haltung der Großbauern berichtet die Kreisleitung Haldensleben.

„Die Großbauern sind überall in angetrunkenem Zustand anzutreffen, so liegen uns die Informationen aus Rottmersleben, Bebertal, Ursleben, Retzlingen, Ivenrode, Groppendorf, Hakenstedt und Ettingen vor, daß in den Gastwirtschaften Saufgelage stattfanden. Dabei traten solche feindlichen Argumente auf: „Wir sollen von denen, die uns dauernd drückten, nur einen erwischen, sobald sie sich sehen lassen, schlagen wir sie nieder.“

In Retzlingen und Ettingen (Sperrgebiet) „Nun geht die SED bald zum Teufel. Wir suchen schon die Bäume aus, wo die einzelnen Funktionäre bzw. Mitglieder der LPG aufgehängt werden.“

In Ursleben: „Wir werden mit euch Funktionären schon abrechnen. Das Soll 1951 erhalten wir zurück.“

In Bebertal: „Heute feiern wir den Tag der Befreiung, Pieck, Grotewohl und Walter Ulbricht sind verschwunden.“

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---

10. Nach den vorliegenden Berichten der Bezirke ist es nicht möglich, eine umfassende Einschätzung der Lage in der Partei zu geben, weil diese Frage in allen Berichten noch ungenügend und sehr spärlich behandelt wird.

Trotz der mangelhaften Information ist zu erkennen, daß unsere Genossen in den Parteileitungen und Apparaten die anfängliche Hilflosigkeit beginnen zu überwinden.

Bezirksleitung Magdeburg berichtet:

„Es ist so, daß bei Bekanntwerden des Kommuniques ein großer Teil unserer Funktionäre kopflos waren. Genosse Sp., Funktionär des Stadtgebietes Süd/Ost Magdeburg, brachte zum Ausdruck: „Jetzt wissen wir nicht mehr, was los ist. Wir sind vollkommen durcheinander. Wir wissen nicht mehr, was hinten und vorne ist.“

Der Gen. P. von der Abt. Werkzeugformbau-Köpenick hat das Kommunique gelesen und war ganz erschüttert und erklärte: „Ich sehe jetzt überhaupt nicht mehr klar und bin der Meinung, daß die Partei und Regierung abgeht von den Lehren unseres Karl Marx.“

gez. Karl Schirdewan

[Quelle: SAPMO-BArch, NY 4062/92, Bl. 11-17; Namen von den Hg. anonymisiert.]

<i>Bundeszentrale für politische Bildung</i>	<i>DeutschlandRadio</i>	<i>Zentrum für Zeithistorische Forschung Potsdam e.V.</i>
--	-------------------------	---